



Jahresbericht Bulgarien 2015

Nach einer Pressemitteilung von Amnesty International vom 27.05.2015 hat das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) seit 2009 Fälle dokumentiert, in welchen Strafverfolgungseinheiten oder Gefängnispersonal aus Bulgarien, Griechenland, Polen, Rumänien und der Slowakei Elektroschock-Geräte mutmaßlich zur Folter oder Misshandlung einsetzten.

Nach einer weiteren Mitteilung vom 16.10.2015 haben sowohl nationale, als auch internationale Organisationen - darunter Amnesty - Vorwürfe bezüglich des Vorgehens bulgarischer Polizisten an der Grenze zur Türkei dokumentiert. So sollen im März zwei Jesiden an Unterkühlung gestorben sein, nachdem sie von bulgarischen Polizisten schwer geschlagen und wieder in die Türkei zurückgedrängt worden seien. Untersuchungen zu dem Vorfall wurden eingestellt, nachdem die bulgarische Behörden nicht in der Lage waren, den genauen Ort des Zwischenfalls festzustellen. Nachdem die bulgarischen Behörden den Vorfall schließlich an sich dementierten, wurden keine weiteren Untersuchungen mehr eingeleitet.

Auch am 11.12.2015 wurden Fälle von Polizeigewalt an der bulgarisch-serbischen Grenze gemeldet. Ein Mann berichtet, er sowie ein 52jähriger Afghane seien von einem Polizisten ins Gesicht geschlagen worden. Der 52jährige habe eine blutige Nase davon getragen. Zudem sei er getreten worden.

Flüchtlinge, die über Bulgarien nach Serbien gekommen waren, berichteten, dass sie in Bulgarien angekettet, geschlagen und aggressiven Hunden ausgesetzt worden seien. Außerdem soll die Polizei elektrische Schlagstöcke eingesetzt haben. Ein Mann berichtete einem der ehrenamtlichen Helfer in Serbien, er wäre durch einen Elektroschock bewusstlos geworden.

Insgesamt liegen Amnesty International dutzende Berichte und Zeugenaussagen vor, nach welchen hauptsächlich afghanische und pakistanische Flüchtlinge Opfer von Übergriffen und Misshandlungen durch die bulgarische Polizei geworden seien. Ein Flüchtling berichtet gar von einem Todesfall. So sei ein vor der Polizei fliehender Flüchtling von einem Polizisten erschossen worden, nachdem dieser zunächst einen Warnschuss abgegeben habe.